

SZ-Interview mit Österreichs Bundeskanzler

An der Buchführung darf Europa nicht scheitern

Wenn es um den Euro geht, kann ein Finanzminister wie Waigel die Bilanz durchaus „plus-minus“ gestalten, meint Viktor Klama

SZ: Zwei sozialistische Parteien haben gerade in Europa triumphiert, Tony Blairs „rechte“ und Lionel Jospins linke. Wo stehen Sie, Herr Klama?

Klma: Wir lassen uns nicht schubladisieren.

SZ: Also weder Tony noch Lionel?

Klma: Ich bin Viktor. **SZ:** Sie wollen Ihr Land „ins das neue Jahrtausend“ führen. Wie weit sind Sie denn in vier Monaten Amtszeit gekommen? **Klma:** Ein ganzes Stück. Wir vereinfachen die Neugründung von Unternehmen und sichern so die Beschäftigung. Zweitens, ein neues Anlagerecht, das die vielen Genehmigungsverfahren auf ein einzelnes konzentriert. Solche Verfahren dürfen nicht jahrelang dauern, wenn der Produktzyklus heute nach vier Jahren schon ausgelaufen ist. Drittens: Flexibilisierung der Arbeitszeit.

SZ: Das heißt?

Klma: Firmen, die unterschiedliche Auslastungen haben, können Überstunden mit Freizeit abgelten, wenn es weniger zu tun gibt. Allerdings auf Basis eines Kollektivvertrags.

SZ: Ihr Motto ist „Deregulierung von Links“. Was haben Sie dereguliert?

Klma: Wir müssen uns zum Wettbewerb bekennen. Wir müssen Monopole abschaffen, nicht nur bei der Telekom, sondern auch in geschützten Bereichen wie der Energiewirtschaft. Natürlich brauchen wir auch Schutzmaßnahmen, damit der Wettbewerb fair bleibt. In strategischen Bereichen wollen wir natürlich feindliche Übernahmen verhindern.

ver Herrschaft das Feld bereitet.

Klma: Das würde ich nicht so positiv sehen. Natürlich gab es unter Thatcher und Reagan Reformen, aber es sind auch ganze Industrieregionen in Arbeitslosigkeit von 20 Prozent abgefallen. So viel akzeptiere ich nicht. Es darf kein Druck auf die Arbeitnehmer im Sinne einer Lohnspirale nach unten ausgeübt werden.

SZ: In Amerika werden die meisten der neuen Millionen von Jobs überdurchschnittlich bezahlt.

Klma: Das ist richtig, aber in den USA braucht man auch zwei oder drei Jobs, um ein Auskommen zu finden. Wir müssen also den europäischen Weg gehen: an der Spitze bleiben, um so ein hohes Lohnniveau zu rechtfertigen.

SZ: Die letzte Wahl haben Sie gewonnen mit der Beruhigung der Rentner. Außerdem wollen Sie dem FPÖ-Chef Jörg Haider die Arbeiter wieder annehmen. Wie wollen Sie dann sozial schmerzhafte Reformen durchsetzen?

Klma: Ich bin für eine gewisse Offenheit. Wenn von den Nettosteuereinnahmen des Bundes schon 50 Prozent für den öffentlichen Dienst aufgewendet werden müssen, dann kann ich dem österreichischen Steuerzahler nicht noch tiefer in die Tasche greifen. Also brauchen wir Reformen im öffentlichen Dienst.

SZ: Das Problem des europäischen Wohlfahrtsstaates läßt sich an der Staatsquote demonstrieren: vor 50 Jahren um die 20 Prozent, jetzt über 50. Können Sie die

Staatsquote wirklich reduzieren?

Klma: Wir müssen zwei Dinge gleichzeitig tun. Einmal: Welche Aufgaben muß denn der Staat noch erledigen? Vieles kann der Markt tun. Andererseits muß der Staat nach wie vor aktiv bleiben: bei der Pflege, der Bildung. Aber nicht immer mehr Aufgaben übernehmen.

SZ: FPÖ-Chef Jörg Haider sagte, die ÖVP sei jetzt „aus dem Spiel“ und das „eigentliche Match“ finde zwischen ihm und Klama statt. Sehen Sie das auch so?

Klma: Ich will die Freiheitlichen wie eine Oppositionspartei behandeln und nicht den Fehler machen, Haider zum Maß aller Dinge zu machen. Wenn es Mißstände gibt, müssen wir sie abstellen, ob wir nun selber darauf kommen oder Haider. Man muß Unhaltbares nicht verteidigen, nur weil es der Herr Haider aufgedeckt hat.

SZ: Warum hat Österreich einen Haider und Deutschland nicht?

Klma: Weil hier die beiden großen Parteien in einer Regierung sind und in vielen anderen Staaten Europas ein Wechsel zwischen Konservativen und Sozialdemokraten stattfindet. Haider hat das Oppositionspotential als Basis. In anderen Ländern stellt jedoch eine große Partei das Auffangbecken für Menschen, die mit der Regierung unzufrieden sind.

SZ: Also sollten die Deutschen eine große Koalition tunlichst vermeiden?

Klma: Ich möchte mich nicht in andere Länder einmischen.

SZ: Die Ache Bonn-Paris scheint ge-

SZ: schwächt zu sein. Wird dadurch das Wort der kleinen EU-Staaten wie Österreich wichtiger?

Klima: Wir haben uns bemüht, daß es bei der Reform der EU-Institutionen und der Stimmengewichtung keine Sieger und keine Verlierer gibt. Leider gelingt es nicht, dies vor Amsterdam zu regeln. Wir als kleines Land wollen weiter einen Kommissar und die bishergige Gewichtung der Stimmen beibehalten. Wir sind aber bereit dazu, daß bei Mehrheitsentscheidungen die Größe der Länder und ihrer Bevölkerung berücksichtigt werden. Viel wichtiger ist mir aber ein Signal aus Amsterdam an die Bürger, daß wir die Beschäftigung, die soziale und innere Sicherheit, eine funktionierende Europol und die Verwirklichung des Schengener Abkommen gemeinsam angehen.

SZ: Sie erwähnen den Euro nicht. Der ist nicht mehr selbstverständlich.

Klima: Aber ja doch.

SZ: Es wächst die Kritik, von links und rechts, in Frankreich und Deutschland.

Klima: Frankreich denkt nicht an eine Verschiebung. Es will eine Entschließung zum Thema Beschäftigung, was wir unter-

stützen. Auch in Deutschland fordert keine maßgebliche Stimme eine Verschiebung, auch nicht Lafontaine. Eine Verschiebung wäre nicht nur ökonomisch Unfug, sondern würde das Projekt überhaupt gefährden.

SZ: Wir schaffen die Kriterien nicht.

Klima: Ich bitte Sie.

SZ: Vielleicht Österreich.

Klima: Die Flexibilität des Vertrages ermöglicht es, daß die Entscheidung im Frühjahr 1998 keine mathematische sein muß, sondern weise sein kann.

SZ: Also aufweichen, was unser Waigel keinesfalls will.

Klima: Ich auch nicht. Aber es ist nicht wahr, daß die Staatsverschuldung nur 60 Prozent des Inlandsproduktes betragen darf. Im Vertrag steht, daß zu berücksichtigen ist, ob sich der Schuldenstand mit der richtigen Geschwindigkeit in die richtige Richtung entwickelt.

SZ: Theo Waigel sagt beim Haushaltsdefizit: 3,0 ist 3,0.

Klima: Das ist richtig. Aber ich war lange genug Finanzvorstand eines Unternehmens.

Als Finanzvorstand können Sie die Bilanz schon plus-minus gestalten, als Finanzmi-

wir sind kein ehemaliges Ostblockland. Wir werden in aller Ruhe die Optionen Österreichs bis spätestens März 1998 bewerten und dann dem Parlament einen Vorschlag machen.

SZ: Das könnte zur Koalitionsfrage werden wie 1995 das Budget.

Klima: Man kann derlei nicht aus dem Augenblick heraus entscheiden. Nur weil jetzt Polen, die Tschechische Republik und Ungarn in die NATO wollen? Deshalb muß Österreich seine bewährte sicherheitspolitische Position nicht plötzlich über Bord werfen. Neutralität hindert uns nicht daran, auch Solidarität zu üben: im UN-Einsatz vom Golani bis Cypern, bei SFOR und jetzt in Albanien. Wir sind Mitglied der NATO, „Partnerschaft für den Frieden“ und werden dem euro-atlantischen Partnerschaftsrat angehören. Die NATO-Entscheidung aber müssen wir sorgfältig abwägen.

SZ: Und wenn das Euro-Projekt platzt, weil die Staaten ihre eigene Wirtschaftspolitik befreien? Dann wird doch das bisher Erreichte gefährdet.

Klima: Wenn die Währungsunion nach sechs Jahren platzt, dann wäre das sicher ein Problem. Aber wir wollen eine Konvergenz. Dazu haben wir uns verpflichtet. Wir sind gar nicht so schlecht unterwegs.

SZ: Die ÖVP drängt zur NATO, die SPÖ

bremst, Sie halten inne. Wie muß denn eine neue NATO aussiehen, damit Sie ihr beitreten? Alle wollen doch in die NATO, nur Österreich nicht.

Klima: Das stimmt nicht. Reden Sie mit den Schweden, den Finnen oder Iren. Alle Ex-Mitglieder des Warschauer Paktes wollen in die NATO. Das versteht sich auch. Aber

nister ähnliches.

SZ: Kreative Buchführung?

Klima: Also, ein Finanzminister kann so etwas tun. Das Projekt Europa darf nicht an der Art der Verbuchung scheitern. Das verkennt die politische Dimension des Projekts.

Ich glaube, daß der Euro ein weiterer Schritt gegen den Zerfall, die Re-Nationalisierung und den Chauvinismus ist.

SZ: Und wenn das Euro-Projekt platzt, weil die Staaten ihre eigene Wirtschaftspolitik befreien? Dann wird doch das bisher Erreichte gefährdet.

Klima: Wenn die Währungsunion nach sechs Jahren platzt, dann wäre das sicher ein Problem. Aber wir wollen eine Konvergenz. Dazu haben wir uns verpflichtet. Wir sind gar nicht so schlecht unterwegs.

SZ: Die ÖVP drängt zur NATO, die SPÖ bremst, Sie halten inne. Wie muß denn eine neue NATO aussiehen, damit Sie ihr beitreten? Alle wollen doch in die NATO, nur Österreich nicht.

Klima: Das stimmt nicht. Reden Sie mit den Schweden, den Finnen oder Iren. Alle Ex-Mitglieder des Warschauer Paktes wollen in die NATO. Das versteht sich auch. Aber

WEDER LIONEL NOCH TONY: Der Sozialdemokrat Viktor Klima

Photo: Reuter